

1. EINLEITUNG

Die Regierungsform der Bundesrepublik Deutschland basiert auf dem Prinzip der repräsentativen und parlamentarischen Demokratie. Kennzeichnend für eine solche parlamentarische Demokratie ist, dass die größte Macht beim Parlament liegt; ohne eine Mehrheit im Parlament können keine weiterreichenden politischen Entscheidungen getroffen werden. Die Regierung ist vom Vertrauen des Parlaments abhängig.

Die Repräsentativität resultiert aus der Tatsache, dass Parteien mit unterschiedlicher Programmatik sowie deren Mitglieder die verschiedenen Meinungen und Anschauungen der Bürger im Parlament vertreten.

In Repräsentativdemokratien wie dem parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystem übt das Volk die Herrschaft nicht die direkt aus, sondern es überträgt sie auf Organe, die im Namen des Volkes die Regierungsgeschäfte wahrnehmen.¹

Auf diese Weise ist ein hohes Maß an Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt als ein zentrales Merkmal der parlamentarischen Demokratie gewährleistet.

Weiterhin kennzeichnet das Vorhandensein einer Opposition den Pluralismus einer Demokratie; der Begriff der Demokratie könnte folglich um das Attribut parteienstaatlich erweitert werden. Der Pluralismus, verstanden als eine Vielzahl frei gebildeter politischer, wirtschaftlicher, religiöser, ethnischer und anderer Interessengruppen in Konkurrenz zueinander, gewährt einzelnen Bürgern oder Interessenverbänden größtmögliche Autonomie und politische Beteiligung; eine auf dem Pluralismus basierende vielgliedrige politische Ordnung ist offen für Konfliktentstehung und Konfliktaustragung einerseits sowie Konsensbildung andererseits. Da der Einzelne somit nicht einem einheitlichen Willen unterworfen ist, gewinnt er Entscheidungsfreiheit und Gestaltungsspielräume.

1.1 Die Fragestellung

Warum nun eine Untersuchung der politischen Sprachverwendung? Das wichtigste Werkzeug in der Politik ist die Sprache, denn

letztlich ist die Sprache das Instrument, mit dem Meinungen gedacht, erinnert, verbreitet und verändert, Dialoge geführt, Entscheidungen vorbereitet, begründet oder verteidigt werden, – und schließlich auch

¹ Parlamentarische Demokratie I. In: Informationen zur politischen Bildung 227. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 32000, S. 5

das Instrument, mit dem Haß erweckt, Androhungen von Gewalt und Angst verbreitet werden.²

Der Nachvollzug und die Beleuchtung der politischen Sprachverwendung als Werkzeug ist daher umso wichtiger und lohnender, je mehr eine Staatsform auf die Mündigkeit der Bürger einer Gesellschaft gebaut ist und je mehr die Macht verteilt ist. Die Reflexion der politischen Sprachverwendung kann in besonderem Maße durch die Analyse eines politischen Textes geschehen:

Bei einer *Analyse* wird oft nur bewusst gemacht, was ein gründliches intuitives Textverstehen spontan leistet. Der Vorzug des Analysierens gegenüber dem nur intuitiven Verstehen und spontanen Verwerten von Texten liegt nun aber darin, daß die Reflexion über den Text, über seine Wirkung, und der bewußte Einsatz von bewährten Analyseinstrumenten zu einer differenzierteren, objektiveren Erkenntnis führen, vor allem hinsichtlich der persuasiven Eigenschaften, die sonst meist nicht bewußt wahrgenommen werden. Eine solche Distanz vom unmittelbaren Textkonsum und ein solcher Zugewinn an wissenschaftlicher, kritischer Perspektive sind gerade im Bereich der politischen Meinungsbildung wertvoll, wenn nicht gar der einzige heute noch beschreibbare Weg zu einer humaneren politischen Praxis.³

Die Reflexion über die politische Sprachverwendung hilft folglich, die Bedingungen der politischen Kommunikation nachzuvollziehen, die sprachlichen Möglichkeiten der Inhaltsvermittlung zu erkennen und Kritikfähigkeit zu verbessern. Schließlich ist allein die Sprache als Träger der unterschiedlichsten Inhalte anzusehen, und

gerade in einer parlamentarischen Demokratie, in der die Konkurrenz politischer Gruppen und die Diskussion ihrer unterschiedlichen Vorstellungen ein wesentliches Merkmal der Politik ist, spielt die Sprache eine hervorgehobene Rolle, weil mit ihr auch unterschiedliche politische Programme und Zielvorstellungen erläutert werden.⁴

Die Sprache in der Politik ist weniger als Sondersprache zu verstehen; vielmehr stellt sie eine vielfältige Sprache dar, „die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt“⁵ und sich deren verschiedensten Aufgaben anpasst. Politische Sprache ist jedoch eng an die jeweilige Fachsprache geknüpft, die von den verwalteten Sachgebieten determiniert ist. Diese Behauptung wird in der folgenden Untersuchung zu überprüfen sein.

² Bachem, Rolf: Einführung in die Analyse politischer Texte. München 1979, S. 11

³ Bachem 1979, S. 17

⁴ Bergsdorf, Wolfgang: Politik und Sprache. München 1978, S. 10

⁵ Bachem 1979, S. 13